

STEUERN

Jagd auf Spekulanten

Finanzämter machen derzeit verstärkt Jagd auf unehrliche Kleinanleger. In einigen Bundesländern haben die Steuerbehörden die Überprüfung der Gewinne aus Börsengeschäften der Jahre 1998 bis 2000 zu einem Schwerpunktthema gemacht. Dies geht aus einer Stellungnahme hervor, die das Bundesfinanzministerium diese Woche in einem Gerichtsverfahren vor dem Bundesfinanzhof vorlegen wird. Der Kölner Steuerprofessor Klaus Tipke hatte sich beschwert, dass er zu den wenigen Anlegern gehöre, die realisierte Kursgewinne in ihrer Steuererklärung angeben. Währenddessen vertrauten die meisten anderen Anleger, so Tipke, zu Recht darauf, dass die Finanzämter ihre Börsengeschäfte nicht überprüfen. Dabei wisse der Fiskus genau, dass viele im Börsenboom üppige Gewinne realisiert und ihre Papiere innerhalb der steuerlich relevanten Frist von zwölf Monaten verkauft hätten. Inzwischen, schreibt das Bundesfinanzministerium, gingen die Fahnder wesentlich strenger vor. So würden unter anderem ver-

Feier zum Dax-Stand 6000 (1998)



ARNE DEBERT / DPA

stärkt Freistellungsaufträge überprüft. Auch sei es den Finanzämtern in bestimmten Fällen erlaubt, die Depotunterlagen von Banken anzufordern. Tipke reichten diese Maßnahmen allerdings nicht aus: Er fordert, ähnlich wie schon seit langem bei Zinserträgen, eine Abschlagsteuer auf alle Aktiengewinne, die dann direkt von den Banken einbehalten und ans Finanzamt abgeführt werden könnte.

ARBEITSMARKT

Hartz-Kommission will Wettbewerb

Nach den Protesten von Zeitarbeitsfirmen gegen eine möglicherweise staatlich subventionierte – und damit billigere – Konkurrenz will die Hartz-Kommission



Private Arbeitsvermittlung

bei der Reform der Arbeitsverwaltung auch private Zeitarbeitsfirmen einbeziehen. Danach sollen die so genannten Personalservice-Agenturen, die nach dem Hartz-Konzept künftig jedem Arbeitsamt angegliedert werden, in den Wettbewerb mit kommerziellen Leiharbeitsunternehmen treten. Für Privatunter-

nehmen und Arbeitsamtsagenturen sollen dabei dieselben Bedingungen gelten, wenn sie Job-Suchende für den Arbeitskräfteverleih anstellen. Damit kommt die Kommission den Forderungen großer Leiharbeitsunternehmen wie Adecco und Randstad entgegen. Die Reform um Hartz wollen einen Teil der Arbeitslosen zu Angestellten von Arbeitsamtsagenturen oder Zeitarbeitsfirmen machen und dann an Unternehmen ausleihen.

SER

Extrawurst für Banken?

Die in der vergangenen Woche eingeleiteten Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen Manager der Westerwälder Software-Firma SER wegen Verdachts auf Untreue und Insolvenzverschleppung bringen nicht nur den Ex-Chef und Firmengründer Gert Reinhardt in Bedrängnis. Sollte sich nach der groß angelegten Durchsuchungsaktion vom Donnerstag herausstellen, dass der einstige Senkrechtstarter am Neuen Markt schon lange vor seinem Insolvenzantrag am 4. Juli in Geldnöten war, könnten auch die finanzierenden Banken unter Druck geraten, darunter die Commerzbank, die Landesbank Baden-

Württemberg und die Düsseldorfer IKB-Bank. Bereits Anfang des Jahres gab es Hinweise auf akute Zahlungsprobleme bei der Software-Firma. Um zumindest einen Teil ihrer Darlehen zu retten, verpflichteten die Banken Unternehmenschef Reinhardt, große Teile der SER zu verkaufen und mit dem Erlös die Kredite zurückzuführen. Das US-Geschäft wurde inzwischen zwar abgegeben, doch die Kreditinstitute gingen bis-

lang leer aus. Sollte sich der Verdacht von Aktionärsschützern erhärten, dass die SER-Manager schon damals vor der Pleite standen, könnten die Ermittlungen auch auf die Rolle der Banken ausgedehnt werden.



BERT BOSTELMANN / ARGUM

Reinhardt